

## **N i e d e r s c h r i f t**

über die Sitzung des Stadtrates  
am Montag, den 20.03.2017, um 19:00 Uhr  
im Hotel Hilker, Bramscher Straße 58, 49593 Bersenbrück  
**(STR/019/2017)**

### **Anwesend:**

Vorsitzende/r  
Klütsch, Christian

Mitglieder  
Buitmann, Franz  
Gelinsky, Rolf  
Heuer, Andreas  
Höckelmann, Widu  
Keck, Frank  
Koop, Johannes  
Krusche, Manfred  
Krüsselmann, Ulrich  
Menslage, Heike  
Middelschulte, Elisabeth  
Oeverhaus, Nikodemus ab 20:39 Uhr, TOP 5.1.8.  
Rauf, Jürgen  
Schaffert, Ralph-Erik  
Stehle, Andre  
Strehl, Michael  
Uphoff, Gerd  
von der Haar, Andrea  
Weissmann, Josef  
Wiewel, Franz  
Zander, Steffen

von der Verwaltung  
Hedemann, Bärbel

Protokollführer/in  
Wesselkämper, Phil

### **Entschuldigt fehlen:**

Mitglieder  
Krasniq, Besian  
Rathmann, Wolfgang

## Öffentlicher Teil

### 1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit der Ratsmitglieder, der Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung

Bürgermeister Klütsch eröffnet um 19:13 Uhr die heutige Sitzung des Stadtrates. Er begrüßt die Ratsmitglieder, die Vertreter der Verwaltung, den Vertreter der Presse Herrn Nordmann sowie alle Zuhörer/innen recht herzlich und stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Anwesenheit der Ratsmitglieder sowie die Beschlussfähigkeit des Stadtrates fest. Ferner teilt er mit, dass angedacht ist, die Tagesordnung um die Tagesordnungspunkte „Bebauung des Grundstücks Bramscher Straße 17-21“ (970/2017) als TOP 3. des nicht-öffentlichen Teils und „Errichtung eines Windfangs vor dem Gebäude Bramscher Straße 13“ als TOP 5.1.8. zu erweitern. Zudem soll der TOP 10. „Sanierung Kunstrasenplatz“ (964/2017) vorgezogen und als TOP 7. geführt werden. Die weiteren Tagesordnungspunkte würden sich entsprechend verschieben.

Fraktionsvorsitzender Höckelmann teilt mit, dass die SPD-Fraktion mit Schreiben vom 20.02.2017 beantragt hat, die Tagesordnungspunkte „Bebauung Bramscher Straße 17-21“ und „Rathaus Stadt Bersenbrück“ auf die Tagesordnung zu setzen. Er bittet um Aufnahme der Punkte in den öffentlichen Teil. Zudem beantragt er zusätzlich, dass die Bebauung des Grundstücks Bramscher Straße 17-21 im öffentlichen Teil zu behandeln ist, dies schreibt das NKomVG vor.

Ratsherr Weissmann beantragt ebenfalls, den TOP „Bebauung des Grundstücks Bramscher Straße 17-21“ auf den öffentlichen Teil der Tagesordnung zu setzen. Zudem erinnert er an die Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 16.01.2017, wonach der Rat heute über eine Bürgerschaft der Stadt Bersenbrück für Gleisbauarbeiten der abe GmbH beschließen muss.

*Nachrichtlich: Die Bürgerschaft für die Gleisbauarbeiten wird von der abe GmbH übernommen, sodass keine Beschlussfassung des Stadtrates notwendig ist. Dieses ist den Ratsmitgliedern zu einem späteren Zeitpunkt der Sitzung mitgeteilt worden.*

Bürgermeister Klütsch erklärt bezüglich des Rathauses der Stadt Bersenbrück, dass dieses Jahr keine Sanierung des Rathauses in der Hasestraße 5 geplant ist. Auf Rückfrage des Fraktionsvorsitzenden Höckelmann erklärt er, dass der Sitz der Verwaltung in der Marktschule vom Rathaus der Stadt Bersenbrück zu unterscheiden ist. In der nächsten Sitzung kann über die Kosten für den Aufbau der Verwaltung in der Marktschule berichtet werden.

Bürgermeister Klütsch berichtet zudem, dass die Bebauung Bramscher Straße 17-21 im nicht-öffentlichen angesiedelt werden soll. Der Schutz der Investoren und des geistigen Eigentums eben dieser ist zu beachten. Zudem weist er darauf hin, dass im Rahmen einer interfraktionellen Sitzung am 14.03.2017 alle Ratsmitglieder die Möglichkeit hatten,

sich über die Konzepte für die Bebauung zu informieren. Hier konnten sämtliche Fragen gestellt werden. Einer der Interessenten hat mitgeteilt, dass sein Konzept nicht veröffentlicht werden soll, dies ist zu berücksichtigen. Zudem weist er darauf hin, dass heute kein Grundstück verkauft werden soll, der Rat soll sich lediglich für ein Konzept für die Bebauung aussprechen.

Ratsherr Wiewel spricht sich für eine öffentliche Beschlussfassung als Ausfluss des Demokratieprinzips aus. Ihm sind keine schützenswerten Interessen bekannt. Ein Investor muss damit rechnen, dass seine Daten bei Interessenbekundung bekannt werden.

Fraktionsvorsitzende Middelschulte erklärt, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit Schreiben vom 22.02.2017 beantragt hat, die Bebauung des Grundstücks Bramscher Straße 17-21 auf die Tagesordnung zu nehmen. Das NKomVG sieht hierfür die Öffentlichkeit vor.

Fraktionsvorsitzender Uphoff teilt mit, dass gemäß § 64 NKomVG berechnete Interessen Einzelner den Ausschluss der Öffentlichkeit rechtfertigen, in diesem Fall sind dies die Interessen eines Investors. Sollte heute eine Beschlussfassung für ein Konzept erfolgen, so kann dieses im Anschluss publiziert werden. Er spricht sich im Namen der CDU-Fraktion dafür aus, den TOP im nicht-öffentlichen Teil zu behandeln.

Ratsherr Krusche erklärt, dass der Antrag der SPD-Fraktion fristgerecht eingegangen ist und somit hätte Berücksichtigung auf der Tagesordnung finden müssen. Ansonsten würde der Bürgermeister seine Pflicht zur Neutralität allen Fraktionen gegenüber verletzen. Er weist darauf hin, dass rechtswidrig im nicht-öffentlichen Teil gefasste Beschlüsse nichtig sind. Dieses wäre im Folgenden zu prüfen.

Bürgermeister Klütsch führt aus, dass die Vorgehensweise im Verwaltungsausschuss am 28.02.2017 abgesprochen wurde. Es hat ein Treffen mit den Fraktionsvorsitzenden und ein interfraktionelles Treffen stattgefunden. Alle Interessenten für das Grundstück haben einen Bebauungsplan und weitere Informationen ausgehändigt bekommen. Das Interessenbekundungsverfahren für dieses Grundstück wurde seinerzeit beendet, da die damalige Verwaltung kein Konzeptentwurf realisieren konnte. Er weist ausdrücklich darauf hin, dass beide Konzeptvorschläge in Bersenbrück eine Berücksichtigung finden sollten, eines dann an anderer Stelle. Abschließend erklärt er, dass die Ratsmitglieder die gewählten Vertreter der Bevölkerung sind, die hier entscheiden müssen.

Nach kurzer Diskussion erklärt Allgemeiner Vertreter Koop, dass hier die Tagesordnung festzustellen ist und entsprechend Anträge vorliegen. Die Vorgehensweise wurde im Verwaltungsausschuss abgesprochen, zudem stellt der Bürgermeister die Tagesordnung auf. Ziel aller Ratsmitglieder sollte es hier sein, eine Bebauung für das Grundstück zu realisieren. Die berechtigten Interessen Einzelner, die den Ausschluss der Öffentlichkeit fordern, sind dabei zu berücksichtigen.

Es wird nach ausgiebiger Diskussion festgehalten, dass zukünftig keine interfraktionellen Sitzungen mehr stattfinden sollen. Auf Wunsch der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen soll jeweils zu einer nicht-öffentlichen Ratssitzung geladen werden.

Fraktionsvorsitzende Middelschulte erklärt im Namen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abschließend, dass nach § 59 NKomVG rechtzeitige Anträge zur Aufnahme von

Tagesordnungspunkten in die Tagesordnung berücksichtigt werden müssen.

Ratsfrau von der Haar weist auf den Vorschlag des Rats Herrn Rathmann aus der Verwaltungsausschusssitzung vom 28.02.2017 hin, wonach die Konzepte vor der Ratssitzung ohne Nennung von Kosten und Namen hätten vorgestellt werden können.

Danach wird der Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, den TOP „Bebauung des Grundstücks Bramscher Straße 17-21“ auf den öffentlichen Teil der Tagesordnung zu setzen, bei 7 Ja-Stimmen zu 13 Nein-Stimmen abgelehnt.

Die Tagesordnung wird daraufhin, wie vom Bürgermeister Klütsch vorgeschlagen, festgestellt.

## **2. Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Stadtratssitzung vom 07.12.2016**

Bürgermeister Klütsch bittet um Wortmeldungen, ob gegen Form und Inhalt der Niederschrift Bedenken erhoben werden.

Da dieses nicht der Fall ist, wird der öffentliche Teil der Niederschrift bei 1 Enthaltung für genehmigt erklärt.

## **3. Bericht des Bürgermeisters**

Bürgermeister Klütsch berichtet, dass seit der letzten Sitzung mehrere öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen und Termine stattgefunden haben:

- 26.01.2017 Gedenkfeier Judenverfolgung
- 27.01.2017 Jahreshauptversammlung Freiwillige Feuerwehr Talge
- 31.01.2017 Anliegerversammlung Bramscher Straße / Eckelkamp
- 09.02.2017 Gespräch mit dem TuS Bersenbrück und der Samtgemeinde bzgl. des Kunstrasenplatzes
- 15.02.2017 Gespräch mit Herrn Haferkamp vom Landkreis Osnabrück
- 21.02.2017 Gespräch mit der Fraktion UWG Stadt Bersenbrück
- 02.03.2017 Vorstellung der Arbeitsgemeinschaft Bersenbrücks Mitte  
Besuch einer französischen Schulklasse
- 04.03.2017 Generalversammlung Schützenverein Drei Burskupper e.V.
- 09.03.2017 Bürgermeisterfragestunde: Vorstellung des Kulturhof Molke
- 11.03.2017 Stadtmeisterschaften Kegeln
- 14.03.2017 Interfraktionelle Zusammenkunft

Er berichtet zudem, dass folgende Veranstaltungen und Termine anstehen:

- 30.03.2017 Jahreshauptversammlung TuS Bersenbrück e.V.  
 06.04.2017 Kuratoriumssitzung Kreismuseum: Unterzeichnung des Kooperationsvertrages mit dem Landkreis Osnabrück, dem Kreisheimatbund Bersenbrück, dem Heimatkreis Greifenhagen und der Samtgemeinde Bersenbrück.

### Klosterpforte

Bürgermeister Klütsch berichtet, dass die ersten Maßnahmen (Schädlingsbekämpfung und Sanierung) zeitnah anstehen.

### Marktschule

Er berichtet zudem, dass die Umbauarbeiten für die Verwaltung der Stadt Bersenbrück gut vorangehen. Bezüglich der finanziellen Auswirkungen teilt er mit, dass die Stadt Eigentümerin des Gebäudes ist und somit die Umbauarbeiten zu ihren Kosten gehen. Die Einrichtung der Büroräume und der EDV gehen zulasten der Samtgemeinde Bersenbrück.

### Baugebiet Woltruper Wiesen III

Bürgermeister Klütsch teilt mit, dass noch keine Stellungnahme seitens des Gerichts und somit kein neuer Sachstand vorliegt.

### Personal Stadtverwaltung

Bürgermeister Klütsch gibt bekannt, dass Herr Phil Wesselkämper die Leitung der Außenstelle Stadt Bersenbrück übernehmen wird. Die Verwaltung wird zudem mit Frau Ulrike Siltmann, Frau Andrea Mimjähner und Herrn Uwe Duchow komplettiert.

### Rathaus Stadt Bersenbrück

Bürgermeister Klütsch gibt bekannt, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit Schreiben vom 15.03.2017 beantragt hat, alle für die Stadtverwaltung notwendigen Räumlichkeiten in das Gebäude Marktschule zu legen. Der Antrag der Fraktion wird von ihm gutgeheißen und weiter verfolgt.

### Anfrage der Fraktion UWG Stadt Bersenbrück vom 14.03.2017

Bürgermeister Klütsch beantwortet die Anfrage vom 14.03.2017 der Fraktion UWG Stadt Bersenbrück wie folgt:

1. Der Verwaltungsvertreter des Bürgermeisters kümmert sich um Geschäfte der laufenden Verwaltung sowie alle Angelegenheiten, die ihm vom Bürgermeister Klütsch zugewiesen werden.
2. Der Verwaltungsvertreter des Bürgermeisters hat keinen eigenen Internetanschluss, sondern nutzt das WLAN in der Hasestraße 5. Jedoch haben weder der Bürgermeister

noch der Verwaltungsvertreter von hier aus Zugriff auf das Ablagesystem der Samtge-  
meinde- und Stadtverwaltung.

Bezüglich der finanzwirksamen Auswirkungen, welche seit Beginn dieser Amtszeit getä-  
tigt wurden, teilt Bürgermeister Klütsch mit, dass er Geschäfte der laufenden Verwaltung  
tätigt sowie Vergaben, zu denen er per Hauptsatzung befugt ist. Ebenso wurde der Ver-  
trag mit Lothar Böse unbefristet verlängert, jedoch mit einer jederzeitigen und beidseiti-  
gen Kündigungsfrist. Bürgermeister Klütsch teilt mit, dass durch Herrn Böse außeror-  
dentliche Erträge in Höhe von 1,6 Mio. € erwirtschaftet wurden.

#### **4. Bericht der Verwaltung**

Allgemeiner Vertreter Koop erklärt, dass neben dem Bericht des Bürgermeisters keine  
weiteren Berichtspunkte vorliegen.

#### **5. Berichte der Ausschüsse**

##### **5.1. Sitzung des Ausschusses für Bauen, Planen und Umwelt vom 08.02.2017**

Bürgermeister Klütsch ruft den TOP auf.

Ausschussvorsitzender, Ratsherr Gelinsky, gibt einen Bericht über die Niederschrift.

Anschließend wird die Niederschrift des Ausschusses, mit Ausnahme der Tagesord-  
nungspunkte, die noch gesondert in der Sitzung behandelt werden, zustimmend zur  
Kenntnis genommen.

##### **5.1.1. Verbindungsstraße Bramscher Straße/Neuenkirchener Straße (L107) Vorlage: 921/2017**

Stellv. Bürgermeister Koop ruft den TOP anhand der Vorlage auf.

Fraktionsvorsitzender Höckelmann führt aus, dass die Untersuchung gemäß Stufe 1 ergeben hat, dass die Anbindung der Berufsbildenden Schulen über die Woltruper Wiesen sinnvoll ist. Die Untersuchung gemäß Stufe 2 hält er für notwendig. Er weist abschließend darauf hin, dass die Umgehungsstraße täglich von 5.500 Fahrzeugen frequentiert wird, während die Bramscher Straße täglich 9.000 Fahrzeuge passieren. Hier sollte nochmals darauf hingewiesen werden, dass die Umgehungsstraße zu nutzen ist.

Ratsherr Zander spricht sich im Namen der Fraktion UWG Stadt Bersenbrück dafür aus, für zukünftige Projekte mehrere Angebote einzuholen und die Bevölkerung rechtzeitig zu informieren.

Ratsherr Gelinsky weist darauf hin, dass die Angebot des Büro IPW seinerzeit für Stufe 1 und 2 gemeinsam erfolgt ist.

Danach fasst der Rat der Stadt Bersenbrück einstimmig folgenden Beschluss:

„Das Büro IPW wird mit der detaillierten Verkehrsuntersuchung gemäß Stufe 2 beauftragt.“

**5.1.2. Sanierung Mischkanal Mittelflach  
hier: Vorstellung der Ausbautwürfe Bramscher Straße und Eckelkamp  
Vorlage: 922/2017**

Bürgermeister Klütsch ruft den TOP anhand der Vorlage auf.

Fraktionsvorsitzender Höckelmann favorisiert für die Bramscher Straße die Variante 2, während sich die Anlieger für Variante 1 ausgesprochen haben. Die Variante 1 birgt Nachteile für den Radfahrer und den Umweltschutz, zudem wird die Bramscher Straße zukünftig kein einheitliches Bild aufweisen. Er wird sich aufgrund dessen gegen den Beschlussvorschlag aussprechen.

Bürgermeister Klütsch teilt mit, dass gut 50 Anlieger an der Anliegerversammlung teilgenommen haben, deren Meinungsbild sollte gefolgt werden.

Ratsherr Gelinsky weist darauf hin, dass bei der Variante 2 auf dem Angebotsstreifen keine Parkplätze vorgehalten werden können, was für die Bramscher Straße problematisch ist.

Danach fasst der Rat der Stadt Bersenbrück bei 17 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen folgenden Beschluss:

„Der Ausbau der Bramscher Straße wird nach Variante 1, jedoch ohne Baumstandorte, und der Ausbau der Straße Eckelkamp nach Variante 2 durchgeführt.“

**5.1.3. Ausbau und Sanierung der Ortsdurchfahrt B 214**

**Vorlage: 923/2017**

Bürgermeister Klütsch ruft den TOP anhand der Vorlage auf.

Danach fasst der Rat der Stadt Bersenbrück einstimmig folgenden Beschluss:

„Die Verwaltung wird beauftragt, in den zu führenden Abstimmungsgesprächen mit der Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr zu erreichen, dass die Bauausführung der vorgesehenen Maßnahmen möglichst zusammenhängend im Jahre 2018 durchgeführt werden.“

**5.1.4. Sanierungsverfahren Bersenbrück - Innenstadt - Erweiterung**

**hier: Ablösung von Ausgleichsbeträgen**

**Vorlage: 924/2017**

Bürgermeister Klütsch ruft den TOP anhand der Vorlage auf.

Danach fasst der Rat der Stadt Bersenbrück einstimmig folgenden Beschluss:

„Die Verwaltung wird beauftragt, allen Grundstückseigentümern ein Angebot zur Ablösung der Ausgleichsbeträge vorzulegen. Dabei soll als Zahlungsziel der 30.06.2017 für einen vollen Abschlag von 5,0 % sein. Mit jedem weiteren Monat reduziert sich der Abschlag um 1,0 %.“

**5.1.5. Verbesserung der Verkehrssicherheit am Hastruper Weg**

**Vorlage: 925/2017**

Bürgermeister Klütsch ruft den TOP anhand der Vorlage auf.

Ratsherr Wiewel weist darauf hin, dass hier die Variante 1 auf der Südseite geplant ist.

Ratsfrau von der Haar spricht sich für eine Verbesserung der Verkehrssicherheit am Hastruper Weg aus. Die Fahrzeuge fahren, speziell in der Schulzeit, sehr zügig über den Hastruper Weg, zudem ist die Straße am Rand schlecht befestigt, sodass Radfahrer keine Ausweichmöglichkeiten haben. Die Trennung der Fahrbahn und des Radweges durch die Böschung erscheint sinnvoll. Jedoch wurde die Fraktion UWG Stadt Bersenbrück von Bürgern angesprochen und gibt folgende Bedenken zu Protokoll: „Die Ver-

kehrsführung am Stadion vorbei ist ungünstig. Es wird daher vorgeschlagen, die Entscheidung, ob der Radweg auf der Südseite geplant werden soll, heute zurückzustellen und erst ein Konzept zu erarbeiten. Dieses soll die sicherste Verkehrsführung, eine Feststellung der Kosten und eine Kosten-/Nutzenanalyse enthalten.“ Sie beantragt abschließend, die Variante 1 aus dem Beschlussvorschlag zu streichen.

Fraktionsvorsitzender Uphoff erklärt, dass an der Nordseite Grunderwerb notwendig wäre, was zu erheblichen Verzögerungen führen würde. Er spricht sich für eine Beschlussfassung mit der Variante 1 aus.

Der Antrag der Fraktion UWG Stadt Bersenbrück wird anschließend mit 4 Ja-Stimmen zu 16 Nein-Stimmen abgelehnt.

Der Rat der Stadt Bersenbrück fasst daraufhin mit 18 Ja-Stimmen zu 2 Enthaltungen folgenden Beschluss:

„Die Verwaltung wird beauftragt, die Anlegung eines Fahrradweges an der Straße „Hastruper Weg“ nach der Variante 1 (auf der Südseite) planen zu lassen und die entsprechenden Mittel für den Haushalt 2017 anzumelden.“

#### **5.1.6. Aufbau eines Baulücken- und Leerstandskatasters** **Vorlage: 926/2017**

Bürgermeister Klütsch ruft den TOP anhand der Vorlage auf.

Danach fasst der Rat der Stadt Bersenbrück einstimmig folgenden Beschluss:

„Der Wirtschaftsförderer der Samtgemeinde Bersenbrück wird beauftragt, Lösungsansätze für den Aufbau eines gewerblichen Baulücken- und Leerstandskatasters zu erarbeiten bzw. diesem Ausschuss vorzustellen.“

#### **5.1.7. Aufbau eines Baumkatasters** **Vorlage: 927/2017**

Bürgermeister Klütsch ruft den TOP anhand der Vorlage auf.

Danach fasst der Rat der Stadt Bersenbrück einstimmig folgenden Beschluss:

„Zunächst werden die Kosten für die Erstellung eines Baumkatasters ermittelt. Danach ist über die Angelegenheit weiter zu beraten.“

**5.1.8. Errichtung eines Windfangs vor dem Gebäude Bramscher Straße 13**

Bürgermeister Klütsch ruft den TOP auf.

Ratsherr Wiewel erklärt, dass er sich der Empfehlung des Bauausschusses anschließen wird. Man sollte mit dem Eigentümer über die Errichtung sprechen und ggf. im nächsten Bauausschuss nochmals über die Thematik beraten.

Fraktionsvorsitzender Uphoff teilt mit, dass Gespräche stattfinden können, dem Eigentümer jedoch keine falsche Hoffnung gemacht werden sollte. Die Errichtung eines Windfangs würde den Durchgang erheblich erschweren.

Danach fasst der Rat der Stadt Bersenbrück mit 18 Ja-Stimmen zu 1 Nein-Stimme und 2 Enthaltungen folgenden Beschluss:

„Der Errichtung eines Windfangs vor dem Gebäude Bramscher Straße 13 wird nicht zugestimmt.“

**5.2. Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus, Stadtmarketing, Pa-  
ten- und Partnerschaften und Kultur vom 14.03.2017**

Bürgermeister Klütsch ruft den TOP auf.

Ausschussvorsitzender, Ratsherr Krusche, gibt einen Bericht über die Niederschrift.

Anschließend wird die Niederschrift des Ausschusses, mit Ausnahme der Tagesordnungspunkte, die noch gesondert in der Sitzung behandelt werden, zustimmend zur Kenntnis genommen.

**5.2.1. Übergangsregelung zum Sammelposten  
Vorlage: 960/2017**

Bürgermeister Klütsch ruft den TOP anhand der Vorlage auf.

Danach fasst der Rat der Stadt Bersenbrück einstimmig folgenden Beschluss:

„Vorbehaltlich des Inkrafttretens der KomHKVO wird gemäß § 63 Abs. 1 KomHKVO die weitere Anwendung der §§ 45 Abs. 6 und 47 Abs. 2 GemHKVO in der bis zum 31.12.2016 geltenden Fassung bis längstens zum 31.12.2020 beschlossen.“

**5.2.2. Überplanmäßige Auszahlungen zum Erwerb von Grundvermögen im Haushaltsjahr 2016  
Vorlage: 911/2017**

Bürgermeister Klütsch ruft den TOP anhand der Vorlage auf.

Danach fasst der Rat der Stadt Bersenbrück einstimmig folgenden Beschluss:

„Der überplanmäßigen Auszahlung zum Erwerb von Grundstücken in Höhe von ca. 610.000,00 € wird entsprechend § 117 NKomVG zugestimmt.“

**5.2.3. Weihnachtsbeleuchtung/Eventbeleuchtung  
hier: Antrag der Fördergemeinschaft Aktuelles Bersenbrück e.V.  
Vorlage: 962/2017**

Bürgermeister Klütsch ruft den TOP anhand der Vorlage auf.

Ratsherr Krusche teilt mit, dass die Fördergemeinschaft bis zur Sitzung des Ausschusses im Mai bereits Vorschläge erarbeiten sollte, damit in dieser Sitzung bereits die Kosten eruiert werden können.

Fraktionsvorsitzende Middelschulte bittet darum, die Arbeitsgemeinschaft Bersenbrücks Mitte in die Planungen mit einzubeziehen.

Ratsherr Buitmann erläutert, dass ein Konzept für die gesamte Innenstadt entwickelt werden sollte, hierbei aber zuerst die Maßnahmen in der Lindenstraße umgesetzt werden sollen.

Danach fasst der Rat der Stadt Bersenbrück einstimmig folgenden Beschluss:

„Für die Beleuchtung der Lindenstraße soll zunächst ein Konzept von der Fördergemeinschaft und der Verwaltung erstellt werden. Zusätzlich sollte die Verwendung der 2016 angeschafften Strahler eingeplant und die Kosten für das Projekt anhand von verschiedenen Angeboten ermittelt werden.“

**5.2.4. Auftragsvergabe für Notarsaufträge  
hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 22.02.2017  
Vorlage: 963/2017**

Bürgermeister Klütsch ruft den TOP anhand der Vorlage auf. Er teilt mit, dass die Verwaltung zukünftig auf eine gleichmäßige Verteilung achten wird.

Es besteht Einigkeit darüber, dass es keine Vorgabe geben soll, die Verwaltung jedoch zukünftig darauf achten sollte, die Verträge zwischen den ansässigen Notaren aufzuteilen.

**6. Aufzugsanlage Bahnhof Bersenbrück**  
**hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 01.02.2017**  
**hier: Antrag der Fraktion SPD vom 08.02.2017**  
**hier: Antrag der Fraktion CDU vom 22.02.2017**  
**Vorlage: 941/2017**

Bürgermeister Klütsch ruft den TOP anhand der Vorlage auf. Er teilt mit, dass in der Sitzung des Verwaltungsausschuss Konsens darüber bestand, dass der Bürgermeister bis zum 20. April mit der abe GmbH über eine Finanzierung der Aufzugsanlage verhandelt.

Ratsherr Krusche erklärt im Namen der SPD-Fraktion, dass die Aufzugsanlage errichtet werden sollte. Es soll bis Ende Mai zusätzlich fristgerecht ein Antrag auf Bezuschussung bei der LNVG gestellt werden. Für den Fall, dass die Verhandlung mit der abe erfolglos verläuft, muss eine Antragstellung bei der LNVG bis Ende Mai gesichert sein.

Fraktionsvorsitzende Middelschulte spricht sich dafür aus, eine Agenda bei Nichterfolg der Verhandlungen zu entwickeln. Diese sollte beinhalten, dass eine kurzfristige Sitzung des Stadtrates bis Ende April einberufen werden sollte, falls die Verhandlungen erfolglos verlaufen.

Fraktionsvorsitzender Uphoff führt aus, dass hier die Bahn zuständig ist und nicht die Stadt. Die abe verdient mit dem ÖPNV Geld, sodass sie auch ein Interesse an der Errichtung der Aufzugsanlage hat. Zudem hat die abe mit den Bahnbetriebsleitern eine bessere Möglichkeit, die Errichtung zu verwirklichen. Man sollte nun die Gesprächsergebnisse abwarten. Er spricht sich gegen eine automatische Antragstellung bei der LNVG aus, da so die Verhandlungsposition der Stadt gegenüber der abe verschlechtert werde.

Nach Meinung des Ratsherrn Weissmann hat die abe kein Interesse daran, die Kosten für eine Aufzugsanlage zu übernehmen. Da die Bahn die Errichtung nicht übernimmt, ist nun die Stadt in der Pflicht. Er spricht sich deshalb dafür aus, den Beschlussvorschlag wie folgt zu erweitern:

„Der Bürgermeister wird beauftragt, bis zum 20. April 2017 mit der abe über eine mögliche Finanzierung der Aufzugsanlage zu verhandeln, damit fristgerecht Ende Mai der Antrag bei der LNVG gestellt werden kann.“

Dieser Antrag wird als Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der UWG Stadt Bersenbrück verfasst.

Ratsfrau von der Haar weist darauf hin, dass die abe eine gewinnorientierte GmbH ist, die die Errichtung der Aufzugsanlage nicht kostenlos ausführen wird. Es sollten mindestens 3 Angebote für die Errichtung eingeholt werden. Zudem teilt sie mit, dass die abe nicht in das Bahnnetz eingreifen kann.

Fraktionsvorsitzender Uphoff schlägt vor, über den Antrag und den Beschlussvorschlag gesondert abzustimmen.

Danach fasst der Rat der Stadt Bersenbrück einstimmig folgenden Beschluss:

„Der Bürgermeister wird beauftragt, bis zum 20. April 2017 mit der abe über eine mögliche Finanzierung der Aufzugsanlage zu verhandeln.“

Der Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der UWG Stadt Bersenbrück wird daraufhin mit 8 Ja-Stimmen zu 12 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

**7. Sanierung Kunstrasenplatz  
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 06.03.2017  
Vorlage: 964/2017**

Bürgermeister Klütsch ruft den TOP anhand der Vorlage auf und erklärt, dass Konsens darüber besteht, dass von Seiten der Stadt Bersenbrück ca. 85.700 € für die Sanierung des Kunstrasenplatzes bereitgestellt werden.

Ratsherr Krusche verweist auf den Antrag der SPD-Fraktion vom 09.03.2017, über den hier entschieden werden muss.

Nach ausgiebiger Diskussion besteht im Rat der Stadt Bersenbrück Einigkeit darüber, dass der Antrag der SPD-Fraktion vom 09.03.2017 als gemeinsamer Antrag aller Fraktionen anzusehen ist.

Danach fasst der Rat der Stadt Bersenbrück einstimmig folgenden Beschluss:

„1. Die Stadt Bersenbrück fordert die Samtgemeinde Bersenbrück als Träger der Schulsportanlage „Hemkestadion“ auf, die notwendige Sanierung des Kunstrasenplatzes in diesem Jahr durchzuführen. Von den geschätzten Sanierungskosten in Höhe von 250.000 € verbleiben nach Abzug des Zuschusses des Landessportbundes und der Eigenleistungen des TuS Bersenbrück noch ungedeckte Kosten von 171.250 €. Dieser Betrag sollte jeweils zu 50% von der Stadt Bersenbrück und der Samtgemeinde Bersenbrück aufgebracht werden. Die Samtgemeinde Bersenbrück wird gebeten, ihren Anteil von 85.625 € bereitzustellen.

2. Die Stadt Bersenbrück ist bereit, einen Zuschuss von 50% der verbleibenden Kosten, also ca. 85.625 € für die Sanierung des Kunstrasenplatzes im Hemkestadion zu zahlen und stellt diesen Betrag in ihren Haushaltsplan 2017 ein.“

**8. Haushaltssatzung und Haushaltsplan mit Investitionsprogramm für das Haushaltsjahr 2017**  
**Vorlage: 946/2017**

Bürgermeister Klütsch ruft den TOP anhand der Vorlage auf.

Frau Hedemann erläutert daraufhin ausführlich den vorliegenden Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes mit Investitionsprogramm für das Haushaltsjahr 2017.

Fraktionsvorsitzender Höckelmann beantragt im Namen der SPD-Fraktion, die Hebesätze jeweils nur moderat um 10 Punkte anzuheben. Aktuell ist es nicht notwendig, die Hebesätze um 20 Punkte anzuheben. In zwei Jahren könnte dann über eine erneute Anhebung beraten werden.

Ratsherr Zander beantragt im Namen der Fraktion UWG Stadt Bersenbrück die Erhöhung der Mittel zur Unterhaltung von Straßen und Wegen sowie des sonstigen unbeweglichen Vermögens um insgesamt 10.000 € im Haushaltsplan 2017 zwecks Beseitigung von Vandalismus-Schäden. Sollte der Antrag abgelehnt werden, beantragt er darüber hinaus, dass die Verwaltung darauf achten soll, bei vorliegenden Schadensmeldungen die im Haushalt veranlagte Summe für die Unterhaltung von Straßen und Wegen sowie dem unbeweglichen Vermögen voll auszuschöpfen, damit Vandalismus-Schäden schnell beseitigt werden.

Fraktionsvorsitzender Uphoff führt aus, dass der Haushaltsentwurf sich sehen lassen kann. In jedem Fall wird bei den außerordentlichen Erträgen ein Überschuss von über 1,6 Mio. € erwirtschaftet, weil Grundstücke als Bauland über ihrem buchmäßigen Einkaufswert verkauft werden. Diese außerordentlichen Überschüsse sind auch Lothar Böse aufgrund seiner klugen, vorausschauenden Grundstückspolitik zu verdanken. Zudem haben sich weitere infrastrukturelle Maßnahmen als richtig herausgestellt, beispielsweise die Ansiedlung des Kauflandes, durch den der Verflechtungsraum Bersenbrück aktuell eine Marktabdeckung von 106 % erreicht. Weiter müssen in diesem Jahr 900.000 € für den Bau eines neuen Kindergartens an der Hasestraße aufgebracht werden. Für die Sanierung der Klosterpforte werden 460.000 € benötigt. An der Straße vom Hastruper Weg zum Sportplatz soll ein Rad- und Fußweg geschaffen werden. Im Hemke-Stadion muss der Kunstrasenplatz dringend saniert werden, weitere erhebliche Finanzmittel werden in die Sanierung der Bramscher Straße und des Eckelkamps gesteckt. Er hebt ebenfalls hervor, dass aus den laufenden Einnahmen keine Kreditaufnahme nötig ist. Es werden aber Kredite aufgenommen, um Grundstücke zu erwerben. Diese muss man kaufen, wenn sie angeboten werden. Zudem teilt er mit, dass der Schwerpunkt in den letzten Jahren der Bereich Bildung war, nun verlagert sich dieser in den Bereich Senioren. Abschließend spricht er sich dafür aus, die Hebesätze wie geplant zu erhöhen.

Fraktionsvorsitzende Middelschulte heißt es im Namen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gut, dass keine Gewerbegrundstücke mehr verkauft werden, bei denen die Stadt

drauflegen muss. Zudem sind die Ampelanlagen bald abbezahlt. Sie kann jedoch nicht nachvollziehen, warum 15.000 € für die Aufzugsanlage am Bahnhof für die Stadt zu viel sind, hier ist man zu ängstlich.

Der Antrag der SPD-Fraktion wird anschließend mit 4 Ja-Stimmen und 14 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt.

Nach kurzer Diskussion mit dem Tenor, dass alle Ratsmitglieder an einer schnellen Beseitigung der Vandalismus-Schäden gelegen ist, mögliche Mehraufwendungen aber besser durch überplanmäßige Ausgaben geregelt werden können, zieht Ratsherr Zander seinen ersten Antrag zurück.

Der zweite Antrag der Fraktion UWG Stadt Bersenbrück wird daraufhin mit 12 Ja-Stimmen bei 9 Enthaltungen angenommen.

Danach fasst der Rat der Stadt Bersenbrück bei 15 Ja-Stimmen zu 3 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen folgenden Beschluss:

„Die Haushaltssatzung, der Haushaltsplan sowie das Investitionsprogramm der Stadt Bersenbrück für das Haushaltsjahr 2017 werden in der vorliegenden Form beschlossen.“

## **9. Hauptsatzung der Stadt Bersenbrück** **Vorlage: 887/2016**

Bürgermeister Klütsch ruft den TOP anhand der Vorlage auf.

Allgemeiner Vertreter Koop erklärt, dass der § 4 der Hauptsatzung wie folgt umgeschrieben werden soll:

„Dem Verwaltungsausschuss gehören an:

Die/der Bürgermeister/in,  
die Beigeordneten der Stadt,  
sowie mit beratender Stimme: Mitglieder des Verwaltungsausschusses nach § 71 Abs. 4 Satz 1 NKomVG (Grundmandatsinhaber) sowie der Allgemeine Vertreter.“

Ratsherr Krusche erklärt, dass die Formulierung des § 4 nach § 74 NKomVG nicht zulässig ist und der Allgemeine Vertreter gestrichen werden soll.

Ratsherr Weissmann spricht sich ebenfalls für die Streichung des Allgemeinen Vertreters in § 4 aus, damit keine zusätzliche beratende Stimme dem Verwaltungsausschuss angehört. Ebenso beantragt er, dass Film- und Tonaufnahmen in öffentlichen Sitzungen des Stadtrates nach § 9 zum Schutze der einzelnen Ratsmitglieder zugelassen werden.

Fraktionsvorsitzende Middelschulte appelliert, sich an die NKomVG zu halten.

Nach kurzer Diskussion teilt Bürgermeister Klütsch mit, dass der Allgemeine Vertreter

aus dem § 4 herausgenommen werden soll. Er spricht sich jedoch gegen eine generelle Zulassung von Film- und Tonaufnahmen aus und weist darauf hin, dass der neue Entwurf des § 9 an die Fassung der Hauptsatzung der Samtgemeinde Bersenbrück angepasst wurde.

Fraktionsvorsitzender Uphoff weist darauf hin, dass nur der Bürgermeister und die Beigeordneten stimmberechtigte Mitglieder des Verwaltungsausschusses sind. Der Allgemeine Vertreter Koop ist als Beigeordneter der CDU-Fraktion im Verwaltungsausschuss stimmberechtigt. Jedoch sollte über diesen Passus garantiert sein, dass der Leiter der Verwaltung, z.B. Herr Wesselkämper als künftiger Außenstellenleiter, an den Sitzungen des Verwaltungsausschusses teilnehmen kann.

Er spricht sich abschließend ebenfalls gegen eine generelle Zulassung von Film- und Tonaufnahmen des Stadtrates aus.

Im Verwaltungsausschuss wurde zudem festgestellt, dass der § 9 um Bildaufnahmen erweitert werden sollte. Der Rat der Stadt Bersenbrück erklärt sich hiermit einstimmig einverstanden.

Der Antrag des Rats Herrn Weissmann wird anschließend mit 4 Ja-Stimmen zu 17 Nein-Stimmen abgelehnt.

Danach fasst der Rat der Stadt Bersenbrück einstimmig folgenden Beschluss:

„Der Neufassung der Hauptsatzung der Stadt Bersenbrück wird in der vorliegenden Form zugestimmt.“

*Nachrichtlich: Das heißt, die Regelung zum Allgemeinen Vertreter in § 4 wird nicht übernommen.*

**10. Bebauungsplan Nr. 113 "Woltruper Wiesen IV"  
hier: Abwägungs- und Satzungsbeschluss  
Vorlage: 890/2016**

Bürgermeister Klütsch ruft den TOP anhand der Vorlage auf und teilt mit, dass die waserbehördliche Zustimmung des Landkreises Osnabrück nun vorliegt.

Rats Herr Wiewel führt aus, dass Abwägungs- und Satzungsbeschlüsse seiner Meinung nach im Bauausschuss vorberaten werden müssen.

Bürgermeister Klütsch erklärt, dass dieses zukünftig so gehandhabt werden soll.

Danach fasst der Rat der Stadt Bersenbrück bei 17 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen folgenden Beschluss:

**a) Abwägungsbeschluss:**

„Die in den Stellungnahmen zu dem Bebauungsplan Nr. 113 „Woltruper Wiesen IV“ ent-

haltenen Anregungen werden in der vorliegenden Form (Beschlussvorlage vom 25.11.2016) vorgenommen.“

**b) Satzungsbeschluss:**

„Der Bebauungsplan Nr. 113 „Woltruper Wiesen IV“, bestehend aus der Planzeichnung und den textlichen planungsrechtlichen und baugestalterischen Festsetzungen, wird als Satzung beschlossen und die Begründung dazu anerkannt.“

**11. Anfragen und Anregungen**

Bürgermeister Klütsch ruft den TOP auf.

a) Seniorenarbeit

Ratsfrau Menslage teilt mit, dass ein Gespräch mit Frau Linster stattgefunden hat. Auf Samtgemeindeebene wird ein Flyer zur Seniorenarbeit erstellt. Dieser könnte dann mit der Arbeit auf Stadtebene vernetzt werden. Der entsprechende Ausschuss könnte hier mit einbezogen werden.

b) Facebook-Auftritt Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Fraktionsvorsitzender Uphoff fragt an, was die Äußerung auf der Facebook-Seite der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu bedeuten hat, dass in der Stadt Bersenbrück „Erdoganismus“ herrscht und jeder macht was er will.

Ratsherr Weissmann erklärt, dass dieses nur die Person beantworten kann, die dieses verfasst hat. Grundsätzlich entsteht für ihn aber der Eindruck, dass der Rat in vielen Fällen überflüssig erscheint.

Nach kurzer Diskussion weist Ratsherr Heuer darauf hin, dass zukünftig solche Äußerungen unterlassen werden sollten, um die Arbeit auf Stadtebene nicht unnötig zu erschweren.

c) Bramscher Straße 17-21

Fraktionsvorsitzende Middelschulte teilt mit, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aufgrund rechtlicher Bedenken an der Abstimmung im nichtöffentlichen Teil nicht teilnehmen wird.

Ratsherr Weissmann teilt mit, dass der Verwaltung ein neuer Fragenkatalog der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen überreicht wurde. Er hatte auf Antworten in der heutigen Sitzung gehofft. Da diese nach seinem Empfinden unterblieben sind, beantragt er im Namen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Akteneinsicht.

Bürgermeister Klütsch erklärt, dass die Fragen verwaltungsseitig abgearbeitet werden.

## **12. Einwohnerfragestunde**

Bürgermeister Klütsch bittet die anwesenden Bürgerinnen und Bürger, ihre Fragen an den Rat zu stellen.

Ein Bürger teilt mit, dass die Randstreifen in der Bramscher Straße bröckeln. Er bittet darum, die Bauschäden abzustellen.

Bürgermeister Klütsch erklärt, dass die Verwaltung sich der Anregung annimmt. Erste Planungen laufen bereits.

Ein Bürger erkundigt sich über den Sachstand der Geschwindigkeitsmessungen im Bereich der Bundesstraße 214.

Bürgermeister Klütsch teilt mit, dass hier Gespräche mit der Polizei und dem Bund stattgefunden haben.

Ratsherr Gelinsky führt aus, dass er beim Landkreis Osnabrück die Beobachtung der stationären Messanlagen beantragt hat, sodass diese auch im nördlichen Landkreis platziert werden. Nach Mitteilung des Landkreises muss dort erst der Dienstplan geändert werden, sodass dann zukünftig mobile Anlage auch in Bersenbrück zum Einsatz kommen.

Ein Bürger fragt, warum bzgl. der Verkehrssicherheit im Hastruper Weg nicht im Vorfeld mit den Bürgern gesprochen wurde, um die Schwerpunkte zu besprechen.

Bürgermeister Klütsch teilt mit, dass die Polizei hier noch mit einbezogen wird und man sich aktuell in der Planungsphase befindet. Sollten von Seiten der Bürger Anregungen bestehen, können diese im Bauausschuss angesprochen werden.

Auf Nachfrage eines Bürgers erklärt Bürgermeister Klütsch, dass man sich bei der Verbindungsstraße Bramscher Straße/Neuenkirchener Straße (L107) noch in der Planungs- bzw. Prüfungsphase befindet. Allgemeiner Vertreter Koop fügt hinzu, dass hier ein Planfeststellungsverfahren ansteht, in dem Abwägungen und Erörterungen stattfinden werden.

Bürgermeister Klütsch teilt auf Anfrage eines Bürgers mit, dass im Haushaltsjahr 2017 eine Tilgung von 627.000 € angesetzt ist. Die Pro-Kopf-Verschuldung beträgt aktuell 1.195 €.

Ebenso teilt Bürgermeister Klütsch auf Anfrage eines Bürgers mit, dass über das Internet rechtzeitig Informationen über die Bauarbeiten in der Bramscher Straße bekanntgegeben werden. Zudem teilt er mit, dass das Schuhgeschäft Lagemann für die Zeit der Bauphase in die Lindenstraße umzieht.

Ein Bürger fragt an, ob die Parksituation in der Neuenkirchener Straße geprüft werden bzw. ob hier ein Gespräch mit den Anwohnern gesucht werden kann. Viele Autos würden auf dem Radfahrweg parken.

Bürgermeister Klütsch erklärt, dass die Verwaltung dies prüfen wird.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt Bürgermeister Klütsch um 22:30 Uhr den öffentlichen Teil der Stadtratssitzung und bedankt sich bei dem Vertreter der Presse, sowie den Zuhörerinnen und Zuhörern recht herzlich und wünscht einen guten Nachhauseweg.

gez. Klütsch

---

Bürgermeister

gez. Wesselkämper

---

Protokollführer